

In der Hauptausgabe oder beim Abbestellen abgeholt: vierteljährlich 4 5/8, bei zweimonatlicher Abbestellung 8 1/2, bei dreimonatlicher Abbestellung 12 1/2, bei halbjährlicher Abbestellung 24 1/2, bei jährlicher Abbestellung 48 1/2, für die übrigen Länder laut Zeitungspreislage.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnstellen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: 153 Bernauerstr. 222, Johannispf. 8. Haupt-Postleitzahl: Dresden: Marienstraße 34 (Heraufgehender Post 1 Nr. 1713). Haupt-Postleitzahl: Leipzig: Carl-Neubauer, Zeitungsbetriebsverwaltung, Hauptpostamt 10, Hauptpostamt VI Nr. 460/1.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des königlichen Land- und des königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

die 6spaltige Petitzeile 25 Pf. Reklamen unter dem Redaktionsbrett (Anzeigen) 75 Pf., nach dem Reklamensatz (Anzeigen) 50 Pf. Tabellarischer und literarischer Anzeigen 10 Pf. — Gebühren für Nachdruckungen und Offertennachnahme 25 Pf.

Kundenschein für Anzeigen: Abend-Ausgabe: normaler 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr. Extra-Beilagen (gratis), nur mit der Morgen-Ausgabe, z. B. die Postbeilage 4 1/2, mit Postbeilage 4 1/2. Anzeigen sind best. an die Expedition zu richten. Die Expedition ist wochentags von 8 bis 10 Uhr geöffnet. Druck und Verlag von G. Volk in Leipzig (Jah. Dr. S. M. & W. Kriegerhald).

Das Wichtigste vom Tage.

Das Kaiserpaar besuchte gestern Garmisch und wohnte später der Einweihung der Stifts- und Kirchenbibliothek bei. Bei der Verlobung der Herero bis Omuatjewa (südlich von Waterberg) sind 5 Mann von Hereros Abteilungs gefallen. Eine offizielle japanische Zeitung stellt bereits die japanischen Friedensbedingungen fest, die aber offenbar auf „abhandeln“ eingerichtet sind. Verhandlungen wegen der Kapitulation von Artur sind bisher ergebnislos geblieben. Westlich der Straße von Gibraltar kreuzen fortgesetzt russische Hilfskreuzer auf der Suche nach Dampfern mit Kriegsgegenständen, die über spanische und italienische Häfen weiter verschifft werden soll.

Das heikle Thema vom Reichstagswahlrecht.

Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß wir in einer Zeit des Interpretationskrisis leben und daß aus dem harmlosesten Ausdrucks, ja aus Selbstverständlichkeiten Streitigkeiten entstehen. Das ist schon so weit in das Bewußtsein unserer Zeitgenossen und besonders auch der Presse eingedrungen, daß man häufig genug um wichtige Erörterungen in großem Bogen herumgeht — aus Scheu vor Mißverständnissen. Diese Art, Politik zu machen, hat aber ihre großen Nachteile; sie zieht die Unaufrichtigkeit groß und umgibt gewisse Thematika mit einem geheimnisvollen Schleier, obwohl ihnen das freie Tageslicht viel dienlicher wäre. Kommt dann jemand von ungefähr des Wegs und hebt den Schleier, so demütigt sich der Umstehende eine merkwürdige Gereiztheit und es erklingen Worte, die einen höflichen Klang haben: Verrat, Verräter! Auch wir sind in solcher Lage: Wir haben den Liberalismus verraten. In einer ganzen Anzahl von Journalen, an deren Spitze die „Germania“ als Hüterin der Volkrechte sich komisch genug ansetzt, wird uns folgender Satz als Sünde angedreht: Sollt wir nicht die Reichstagswahlen wieder und wieder neue Erfolge der Sozialdemokratie bringen, so wird natürlich eines Tages die Forderung des Wahlrechts eine absolute Notwendigkeit. Man wird doch schließlich dem herrschenden Regime seinen politischen Selbstmord zumuten dürfen. Wir befehlen uns zu diesen Worten und werden sie vertreten. Und das Tragische dabei ist, daß förmliche Deute, die jetzt so sehr entzweit sind, im gegenseitigen Augenblicke genau ebenso handeln müßten, wie hier dargelegt — es sei denn, sie wären schon heute verkappte Sozialdemokraten. Zum völligen Verständnis unserer Mißstände ist es freilich nötig, ein weniger ausführlich zu zitieren, als unsere Freunde das für zweckmäßig halten. In unserem Leitartikel vom Freitagabend „Zukunftsforderungen der Genossen“ war von dem sozialdemokratischen Berliner Stadtverordneten Dr. Friedberg die Rede. Dieser böse Kadaver hat den stolzen Berlinern einige unbequeme Wahrheiten gesagt. Wir hatten der Friedbergischen Kritik zugestimmt und ausgeführt: Es ist klar, daß das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und Kandidaten keineswegs zur Erlangung der parlamentarischen politischen Macht führen kann. Jeder Tag oder lang mühen die sogenannten herrschenden Klassen sich zusammenzuschließen und das Reichstagswahlrecht herabzusetzen, und das Reichstagswahlrecht herabzusetzen, und das Reichstagswahlrecht herabzusetzen. Diese Entwicklung erscheint auch uns, die wir das Wahlrecht bis zum letzten möglichen Augenblicke verteidigen mühen, unausweichlich für den Fall, daß nicht übermäßig und abermals die Reichstagswahlen ein neues Anwachsen der Sozialdemokratie bekunden sollten. Darauf war noch gefolgt worden, diese Reichstagswahlen der Sozialdemokratie sei weder notwendig noch wahrheitsgemäß. Und dann folgte der zuerst zitierte schreckliche Satz von der „absoluten Notwendigkeit“ und dem „politischen Selbstmord“. Also nicht, daß wir empfohlen hätten, schleunigst eine Forderung des Reichstagswahlrechts vorzunehmen, nicht einmal, eine solche für später vorzubereiten — wir haben einfach konstatiert, was mit absoluter Notwendigkeit kommen mußte, wenn z. B. eine sozialdemokratische Majorität im Reichstage zu fürchten wäre. Wir bitten die gelehrten Herrschaften vom Zentrum und Freiwil., uns für diesen Fall doch ihre eigene Rezept zu verraten, wenn sie ein in der Tat tragen sollten. Es wäre freilich Verrat und nicht zum mindesten Verrat an der Freiheit

des Individuums, d. i. am Liberalismus, wenn jemand noch in solchen traurigen Falle aus reiner Lust am Prinzipienreien darauf bestehen wollte, das heilige Reichstagswahlrecht hochzuhalten und perant patria. Es ist im übrigen gar nicht nötig, Conjecturalpolitik zu treiben, um das Widerwärtige solcher Forderung nachzuweisen. Wir haben die lebendigen Beispiele viel näher. Wer denkt bei uns in Sachsen daran, das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht einzuführen? Der Mann verdient eine Prügel in Realpolitik, aber ernsthaft mit ihm zu diskutieren würde weder uns noch einem anderen Nicht-Genossen einfallen. Jeder weiß, daß mit einer sozialdemokratischen Majorität nicht zu regieren ist und die Freisinnigen wissen das sogar sehr genau. Sie hüten sich wohl, ein dem Reichstagswahlrecht auch nur von weitem ähnliches Kommunalwahlrecht dort einzuführen oder auch nur den Versuch dazu zu machen, wo sie sehr wohl in der Lage dazu wären, wie z. B. in Berlin. Also was hat das mit Bedauern gemischte Zugelächeln, das schließlich eines schlimmen Tages eine Aenderung des Wahlrechts notwendig werden kann, mit dem Liberalismus zu tun? An dem Tage würde vermutlich sogar Eugen Richter für die Abschaffung des Reichstagswahlrechts stimmen müssen. Nach dieser prinzipiellen Auseinandersetzung können wir es uns nicht verlagern, abzurufen, was die auslegungsfähige „Germania“ uns insinuiert. Natürlich sagt sie keine Silbe davon, daß wir bis zum letzten möglichen Augenblicke das Wahlrecht zu verteidigen bereit sind, sondern sie schreibt dreist und falsch: Man sieht, Herr Reichstag, daß die Reichstagswahlen die Annahme, daß durch eine Verschlechterung des Wahlrechts der Sozialdemokratie Abbruch getan werden könne. Das heißt man: Ursache und Wirkung mit einander verwechseln. Und dabei haben wir am energischsten für den Ausschluß des Abgeordneten Reichstag und sogar in dem jetzt „infrimierten“ Artikel uns für die Bemerkung des Reichstagswahlrechts bis zum letzten Augenblicke öffentlich festgelegt — nicht ohne Absicht übrigens, da uns die Gedränge der Zeit nicht fremd sind. Freilich — bis zur Aenderung des Wahlrechts können wir unsere Gefühle immer noch nicht zwingen. Es ist uns auch heute noch nichts anderes als eine politische Einseitigkeit, über der doch eben ihr Zweck, das Wohl des Vaterlandes, steht. Auf die Verdrängung, wir gebären durch Aenderung des Wahlrechts der Sozialdemokratie Abbruch zu tun, gehen wir so lange nicht ein, bis jemand uns die Stelle in unserem Blatte zeigt, an der dieser törichte Satz gelehrt hat. Wir haben uns noch gegen einen Vorwurf zu wehren, übrigens einen, der in der Öffentlichkeit nicht gegen uns erhoben ist, dabei der einsige, der einen Schein von Recht für sich hat. Man kann uns sagen: Quietas non movetur! Der Satz mag für Staatsmänner in Räten seine Berechtigung haben, wenn auch der Mann, der ihn auf unser politisches Leben angewandt hat, sich nicht scheute, Ideen und Meinungen gehörig durcheinander zu rütteln. Aber wie gelangt — für Staatsmänner mag er bedingt gelten. Nur daß wir die Aufgabe der Presse nicht in der bloßen Zimierung staatsmännischer Gespinnstereien erblicken. Die Presse hat eine viel größere Bewegungsfreiheit, die ihre Grenzen nur am Gesetz, Gesinnung und dem Patriotismus findet. Mit wichtigsteren Geburden einherzuführen und zwischen den Zeilen lesen zu lassen, wie man wieder einmal durch Schweigen das Vaterland gerettet, dazu gehört nicht gar so viel. Bei alledem wollen wir gar nicht verkennen, daß auch der Presse durch die Rücksichten auf das Volkswohl gewisse und recht sehr geschärfte Grenzen gesetzt sind, und daß es unklug sein kann, bei allen möglichen unpassenden Gelegenheiten Fragen anzustellen, die nicht zur Erörterung stehen und vielleicht nur der Entzweiung dienen. Gerade deshalb legen wir Wert auf den Nachweis, daß hier ein nicht einmal von uns aufs Tapet gebrachtes Thema vorlag, das schon seit einem Jahre, nämlich seit der letzten Reichstagswahl, nach einer unbefangenen Erörterung gerade von liberaler Seite schrie. Aus Scheu vor den nun, wie oben gezeigt, auch prompt eingetretene Verdächtigungen hat sich bisher die Debatte über die Angelegenheit nur zwischen dem Extremen von links und rechts bewegt. Es war sogar hohe Zeit, einmal dem Terrorismus von sozialdemokratischer Seite entgegenzutreten, die schon die bloße Erwähnung der Sozialdemokratie eine Wahlrechtsänderung als ein Verbrechen hinstellt, während sie selbst in unserem ganzen Staat das Unterste zu oberst sehen möchte, je eher und je toller, je lieber. Daß die „Genossenchaft“ dies tut, hat wenigstens noch einen Sinn, daß aber bürgerliche Organe sie bei diesem Terror unterstützen, das hat — höflich gesagt — keinen Sinn, man müßte denn mala fides annehmen. Genug ist es bequemer, heißen Dingen aus dem Wege zu gehen, und wir schelten die Deute nicht, die so handeln in diesen schönen, aber heißen Sommertagen. Nur plaudern wir für Gerechtigkeit und richtiges Bitten. Um dies unseren Freunden „Germania“ und

„Genossen“ nach Kräften zu erleichtern, erklären wir nochmals: Wir verteidigen das Reichstagswahlrecht so lange, bis es durch die Sozialdemokratie unmöglich gemacht wird. Ob das nun helfen wird? S.

Der Aufstand der Herero.

Die Erklärung von Waterberg. General von Trotha hat einen Erfolg gehabt, aber leider ist es ihm nicht gelungen, den Feind zu umzingeln. Dieser ist entkommen, und von einer Vernichtung des Gegners kann noch nicht die Rede sein. Es ist notwendig, dies gleich jetzt zu konstatieren, damit nicht, wenn aus wieder eine Periode der Abklärung eintritt, sich im Vaterlande unberechtigte Hoffnungen bilden. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß der Feind sich noch lange hinziehen wird. Das Überdauern muß unsere Energie und unsere Zähigkeit wachen. An die Stelle des Schwertes die Diplomatie setzen zu wollen, scheint uns völlig unangebracht. Der Feldzug in Deutsch-Südwest-Afrika muß von uns als ein kolonialer Existenzkampf geführt werden, und nicht nur die Eingeborenen, sondern auch alle zivilisierten Nationen, alle überseeischen Rivalen wissen lassen, daß es Deutschland mit einer energiegelassen Kolonialpolitik ernst ist und daß wir auch vor den größten — im Westlichen ja finanziellen — Opfern nicht zurückschrecken, um sie durchzuführen. England ist bei seinen enormen Kolonialerfolgen wohl imstande, einmal eine Schlappe zu verzeichnen, wir sind es heute noch nicht.

Die Verfolgung der Herero.

Ein neues Telegramm des Generalleutnants v. Trotha meldet, daß er die Verfolgung der Herero nach Osten energisch aufgenommen und in einem Vorwärtsschritt bis Omuatjewa (in Ostafrika etwa 32 km südlich von Waterberg) durchgeführt. Der von dort in den Omuatjewa gehende kleine Fluß muß aber in der Dürre völlig ausgetrocknet sein, da Mangel an Weide und Wasser der Verfolgung ein Ziel setzen. Major v. Storff hat parallel mit Trotha und den Abteilungen Deimling und Wüstenfeld die Verfolgung nach Osten am Omuatjewa entlang aufgenommen und die Herero gestern in einem neuen Gefecht geschlagen, wobei allerdings auch wieder ein Verlust von 5 Toten, sowie zwei verwundeten Offizieren aus fünf verunletzten Reitern zu verzeichnen ist. Das amtliche Telegramm darüber lautet: Generalleutnant v. Trotha meldet aus Namatjoi: Der Feind ist nach dem Bericht am 11. d. Mts. in voller paratruerischer Rüstung unter Zurücklassung von sehr vielen Vieh, Habseligkeiten und zahlreichen Leichen hauptsächlich in östlicher Richtung zurückgegangen. Ich verfolgte die besten feindlichen Kräfte mit den vereinigten Abteilungen Deimling und Wüstenfeld mit einem Geschwader bis in die Gegend von Omatjewa, wo gänzlicher Mangel an Weide und Wasser und die Kenntnis des Feindes die Einstellung der Verfolgung bedingte. Zahlreiches Vieh wurde erbeutet. Stoffverloren, von Norden umflossen, und schlug heute am 11. dieses die Hererobanden, die dem Omuatjewa abwärts zogen. Der Feind hatte große Verluste. Diefelbst tot 5 Mann, verwundet Oberleutnant Wüstenfeld, Leutnant v. Witten und 5 Mann.

Überst Lentwein über die Lage.

Die ferneren Aufgebau Deutschlands in Südwestafrika werden von Gouverneur Lentwein in einem Briefe an die „Braunschweig. N. Nachr.“ schon charakterisiert. Der Brief, der besonders deshalb willkommen sein dürfte, weil die amtliche Berichterstattung aus Südwestafrika noch immer nicht die wünschenswerte Genauigkeit erreicht hat, lautet im wesentlichen: Windhof, 6. Juli 1904. Es ist die jetzt im Schutze befindliche Truppenmacht zur Wiedererlangung der Herero genügen wird, hängt von einem Faktor ab, welchen wir alle nicht zu übersehen vermögen, nämlich von dem Motivationsbefehl der Herero. Esch wenn deren letzte Absicht verstanden ist, wird der Krieg zu Ende sein. Dies schließt aber nicht aus, daß sie dann mit Rüstung und Waffen aus dem Reich zurückkehren und so noch auf jahrelang den Innereid wachen. Ich hoffe und wünsche, daß es nicht so kommt, aber ich fürchte es. In Kolonialkriegen ist eben nicht das Befolgen des Gegners das schwerste, sondern die Wiederherstellung des Friedens. Der Kampf hat allerdings die Kolonne Malesaps vollständig außer Reichweite gebracht, so daß die Truppe nach Organisations der Gabe Kraft herangezogenen Verhältnissen nicht viel länger gezwungen ist, als Anfang April, als sie die Gegend von Ongangoro und Omatjewa schlang. Ein durchschlagender Erfolg war daher wieder nicht sicher. Die durch Generalleutnant von Trotha mitgeführte große Verwundetenliste ist daher schon, um die Verluste zu decken, nötig gewesen. Auch jetzt besteht der Trupps noch in der Truppe und tritt namentlich bei der am nächsten im Osten lebenden Abteilung des Majors von Oberst Wüstenfeld große Erfolge. Das sind aber Schwierigkeiten, die in jedem Kriege vorkommen und welche überwunden werden müssen. Das deutsche Volk sollte

nur mehr Geduld an dem Tag legen und Erdemittelheiten mit Würde tragen. Und dazu kann eine gut geleitete Flotte das meiste beitragen. Wenn z. B. in Ostafrika 1000 Mann mit 1000 erprobten Schiffen landen, so sind dies noch lange keine 1000 brauchbare schiffliche Soldaten. Es bedarf vielmehr mehrerer Monate, bis sie sich mit ihren Waffen ergänzt und sich der afrikanischen Kriegführung angepaßt haben. Ein dreifaches Beispiel dieser Schwierigkeiten, aber auch der merkwürdigen Auffassung von Publikum und Presse, bietet anliegender Zeitungsartikel. Der tatsächliche Sachverhalt war, daß in Ostafrika und geladene afrikanische Pferde nichts von irgend einer Seite erlegt wurden, aus dem Kreis ausbreiten und nach allen Richtungen davonziehen. Wie viel es waren, weiß ich nicht mehr, jedenfalls aber weit unter 100 Stück. Einige von den neuangekommenen Soldaten hatten in der Kastration und geschlacht, General zu sehen und blind in der Luft herumgeschossen. Den weggekommenen Pferden wurden sofort Postkutschen nachgeschickt und die Wechsell wieder eingefangen. Man vergleiche man mit diesen wahren Sachverhalt die in Anhang gegebene Darstellung, vor allem die merkwürdige Schlußfolgerung. Sicher, wir können von der kaiserlichen Disziplin des englischen Volkes und der englischen Presse in politischen Dingen noch recht viel lernen. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung Ihr aufrichtig ergebenster Kaiserlicher Gouverneur.

Der russisch-japanische Krieg.

Russische Hilfskreuzer im Atlantik. Nach einer Meldung aus Naxos berichtet der englische Hochseefahrer „Scotiam“, daß er am 12. d. Mts. westlich der Straße von Gibraltar durch den russischen Kreuzer „Ural“ den früheren Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Kaiserin Maria Theresia“, angetroffen worden sei und die Erlaubnis erhalten habe, die Fahrt fortzusetzen. Der Kommandant des „Ural“ habe ihm mitgeteilt, daß er nach mehr als 300 Tagen in der Fahrt sei, die Kreuzer „Kontrebah“ zur Weiterverbreitung in spanischen und italienischen Häfen an Bord hätten. Der Kreuzer „Ural“ habe ihm mitgeteilt, daß er nach mehr als 300 Tagen in der Fahrt sei, die Kreuzer „Kontrebah“ zur Weiterverbreitung in spanischen und italienischen Häfen an Bord hätten.

Handgloffen zum Festungskampfe vor Port Arthur.

Ein militärischer Mitarbeiter schreibt uns: In dem Augenblicke, wo die Japaner den engeren Festungsbereich von Port Arthur zu durchbrechen im Begriffe stehen und schon eine Anzahl der russischen Fortwerke niedergeschlagen haben, dürfte eine kurz gehaltene sachdienliche Darstellung der in modernen Festungskrieg zur Geltung kommenden Verhältnisse von Interesse sein. In dem von den Kriegesberichterstattern über den Kampf vor Port Arthur nach chinesischen Meldungen und an der Hand von Festungskarten von Port Arthur angefertigten Darstellungen des Kampfes vor Port Arthur ist übermäßig gelübt worden, weil die Berichte jener Berichte sich nicht vorerst über die im Festungskrieg im Betracht kommenden Stoffenpositionen Klarheit verschaffen haben. Kritik ist die Annahme, daß der japanische Oberbefehlshaber vor Port Arthur, Oyama, eine wirksame Aktion gegen die manövrierfähige Festung nicht unternehmen könne, weil er nur über 65 000 Mann verfüge. Die Tatsachen haben das Gegenteil erwiesen. Nicht die Infanterie, sondern die Artillerie hat die schwere Aufgabe zu lösen, die der Festung und deren vorgelagerten vorgelagerten Anlagen, namentlich während die Infanterie erst in Tätigkeit treten kann, wenn sich die Belagerer zu einem Ausfall auf vorgelagerte Posten vorwagen. Dies ist tatsächlich vor Port Arthur, besonders an der schwächeren Nord- und Westfront wiederholt der Fall gewesen. Am übrigen ist Infanteriefeuer in der ersten Periode des Angriffs gegen eine Stellung geradezu ausgesetzt und nur dem Sturm angewandt, und zwar zum Rohrantritt und zur Rohverteidigung. Die Feldartillerie ist namentlich dazu berufen, den Belagerern bei Ausfällen entgegenzutreten und ihnen gemeinsam mit der Infanterie den Weg zu erschweren, falls sie die Linie der Artillerie zu durchbrechen versuchen sollten. Die Feldartillerie führt Schellenangriffe aus, bekräftigt die Verteidiger von allen Seiten, da sie leicht beweglich ist und den schwereren Festungsgeschützen, den Umständen nach auszuweichen im Stande ist. Auf Seiten der Verteidiger wird sie an der Zurückverfolgung der Sturmfolonnen wirksam teilnehmen. Für die Verteidigung auf kleinerer Entfernung kommen aber vor allem die Maschinengewehre und die leichten Schnellfeuerkanonen in Betracht. In Port Arthur sind jedoch diese, für den Kampfschutz außerordentlich nützlich, nur spärlich vorhanden. Während des Sturmes, und schon vor demselben, sollen die leichten Schnellfeuerkanonen und Maschinengewehre als eine der brauchbarsten und wirksamsten Waffen, wenn die schwereren Geschütze zum Schwereinsatz gebracht werden und als unentbehrliche Stütze für die Infanterie. Im Angriff wie in der Verteidigung können jene leichten Schnellfeuerkanonen in besonderer Weise den Verteidigern zum Vorteil kommen, wenn die verdrängten Festungsgeschütze aufzufahren werden. Doch können die Japaner den Kampf gegen die moderne Festung von Port Arthur nur dann mit Erfolge durchzuführen, wenn sie — was zweifellos der Fall ist — unter ihren 600 Geschützen folgende Anzahl an Verfügung haben. 1) Mittlere 15-Zentimeter- und schwere 20-28-Zentimeter-Stellfeuergeschütze;